

turvergleichung im ganzen oder eine Motivvergleichung im einzelnen. Der Ansatz soll jedoch möglichst zentral sein. Die Ausführung soll eine repräsentative Breite anstreben. Der Rahmentitel darf entsprechend eingengt und verdeutlicht werden.

Die Richtlinien für die Bearbeitung sind über das Sekretariat der Katholischen Akademie in Bayern, München 23, Mandlstraße 23, erhältlich.

Die freien Schulen in England

In England begann sich der Staat erst verhältnismäßig spät um ein eigenes staatliches Schulwesen zu kümmern. Erst 1870 wurden staatliche Schulen errichtet, nicht ohne heftige Auseinandersetzungen über die Frage des Religionsunterrichts an solchen Schulen. Man einigte sich auf das sogenannte Cowper-Temple-Amendment, wonach für den Religionsunterricht an staatlichen Schulen kein von irgendeiner Konfession herausgegebener Katechismus verwendet werden durfte. Die Schulräte an jeder Schule sollten dafür sorgen, daß die Kinder täglich Religionsunterricht an Hand der Bibel erhielten, dem jedoch die Kinder einer religiösen Minderheit fernbleiben konnten. Auch die Schulpflicht wurde erst 1876 eingeführt.

Bis 1870 gab es keine staatlichen, sondern nur freie, meist von Kirchen unterhaltene Schulen, die der Staat seit 1832 finanziell unterstützte. Die Aufsicht über diese Schulen lag aber ausschließlich bei den Schulträgern. 40% aller Kinder besuchten die freien Schulen.

Mit Einführung der staatlichen Schulen hörte die staatliche Unterstützung für die freien Schulen zum großen Teil auf. Trotzdem wuchs deren Zahl von 8798 im Jahr 1871 auf 14275 im Jahr 1902. In diesem Jahr betrug ihre Schülerzahl 3729261, während die staatlichen Schulen nur 2881155 zählten.

Zufrieden freilich war mit dem bestehenden Zustand niemand: die nicht mehr kirchlich Gebundenen, weil man an den Schulen die Bibel las; die Anglikaner und die Katholiken, weil sie unter der schweren finanziellen Last für ihre Schulen litten; die Nonkonformisten, weil es auf dem Land vielerorts nur anglikanische Schulen gab.

Unter Führung der Anglikaner entstand um die Jahrhundertwende eine starke Bewegung, die eine finanzielle Unterstützung für die freien Schulen forderte, so daß sich ihr die Regierung nicht mehr widersetzen konnte. Lord Balfour brachte im März 1902 eine Gesetzesvorlage ein, die wieder finanzielle Zuwendungen an die freien Schulen vorsah. Gegen den heftigen Widerstand der Liberalen, die seit eh und je für die Trennung von Kirche und Staat waren, und gegen die Nonkonformisten sowie gegen die National Education Association — die Debatte im Unterhaus zog sich über 49 Tage hin — erhielt die Vorlage im Dezember des gleichen Jahres endlich Gesetzeskraft. Aber auch dann leisteten die Nonkonformisten und einige andere Anhänger der laizistischen Schule heftigsten Widerstand, indem sie zu einem Steuerstreik aufriefen und jenen Anteil ihrer Steuern nicht bezahlten, der ihrer Meinung nach für die freien Schulen gedacht war. 1903 wurden nicht weniger als 37296 gerichtliche Aufforderungen in Steuersachen erlassen und 80 Personen wurden deswegen mit Gefängnisstrafen belegt. 1906 waren es nicht weniger als 72816 und 280 Gefängnisstrafen.

Der große Wahlerfolg der Liberalen im Jahr 1906 ist zum Teil ihrer ablehnenden Haltung in der Frage der finanziellen Hilfe an die freien Schulen zuzuschreiben. Dieser Sieg gab den Nonkonformisten Auftrieb, die nun versuchten, den Religionsunterricht an den Schulen überhaupt abzuschaffen. Aber ihr Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. So gaben sich die liberale Regierung und ihre nonkonformistischen Anhänger zufrieden, und die Dinge blieben beim alten, wie sie 1902 durch die Balfour Act geregelt worden waren.

Nach dem ersten Weltkrieg hatten sich die Nonkonformisten offenbar beruhigt und mit der Existenz der freien Schulen abgefunden. Lediglich der Kampf um den Religionsunterricht ging weiter.

Die wachsende Entchristlichung Englands führte dann 1944 zu einem neuen Schulgesetz. In allen Schulen Englands sollte in Zukunft zwar mit einem Gebet der Kinder begonnen und auch Religionsunterricht sollte gegeben werden, aber die Lehrer sollten keine Nachteile wegen ihrer Gesinnung haben. Die neue Vorlage traf also in erster Linie die Kinder, weniger die Lehrer, es sei denn, daß der Religionsunterricht den übrigen Fächern gleichgestellt und der staatlichen Schulaufsichtsbehörde unterstellt wurde. Weiter unterschied die Vorlage zwischen „staatlich-unterstützten“ Schulen, d. h. freien Schulen, bei denen die Schulträger selbst die Lehrer bestimmen und die Art des Religionsunterrichts festsetzen konnten. Diese Schulen erhielten nur die Hälfte der für bauliche und äußere Reparaturen notwendigen Gelder vom Staat ersetzt. Anders bei den „staatlich-kontrollierten“ Schulen, bei denen zunächst die örtlichen Schulbehörden für den Unterricht und die äußeren Anlagen der Schule zuständig sind und den Schulträgern nur gewisse Rechte der Einflußnahme vorbehalten bleiben. Die Katholiken haben sich, wie nicht anders zu erwarten war, für die „staatlich-unterstützten“ Schulen entschieden.

Seit 1902 ist die Zahl der Schüler an freien Schulen ständig zurückgegangen. 1958 waren es nur mehr 1321529, die sich wie folgt verteilen, wobei einige Schulen anderer privater Schulträger nicht berücksichtigt sind:

	1911	1958
Staatskirche	1750094	859426
Katholiken	293391	418797
Wesleyaner	56181	13322
Juden	9159	2092

Man sieht also, daß es nur den Katholiken gelang, sich zu halten, ja daß sie sogar die Zahl der Schüler an ihren Schulen gegen die allgemeine Entwicklung vermehren konnten. (*America*, 24. Februar 1962.)

Erdöl in China

Der Mangel an eigenem Erdöl ist das größte Hindernis für eine schnellere Entwicklung der chinesischen Industrie. Diese hängt, wenigstens vorerst, in diesem Punkt fast völlig von Moskau ab.

Es ist darum nicht verwunderlich, daß die Chinesen alles daran setzen, Erdöl im eigenen Land zu finden und zu erschließen. Ob es allerdings stimmt, daß 1958 nicht weniger als 72% aller veranstalteten Bohrungen fündig geworden sind, während man üblicherweise nur mit etwa 17—20% rechnet, darf man mit Recht bezweifeln, zumal die technische Ausrüstung der Bohrungen oft sehr primitiv ist.

Die Hauptölvorkommen in China scheinen im Norden des Landes zu liegen, in und um die Wüste Gobi. Abgesehen von der schlechten Verkehrslage sind es vor allem die äußerst schwierigen klimatischen Verhältnisse, die die Bohrungen erschweren. Nicht selten sinkt im Winter die Temperatur auf -30°C .

Die frühesten Bohrungen — schon 1939 begann man damit — fanden bei Yümen (Provinz Kansu) statt. Dort erstreckt sich ein wellenförmiges Bassin in einer Länge von 1000 km nordwestlich bis 150 km östlich und in einer Breite von wenigen Kilometern bis zu etwa 100 km. Wie groß die Vorkommen dort sind, konnte man damals noch nicht feststellen. Doch nimmt man an, daß sie sehr groß sind.